

Saale-Beitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder beim Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet...

Bezugspreis Ar Halle vierteljährlich 2,50 M., bei anderweitiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr...

Nr. 26.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 16. Januar

1904.

Der Zeugniszwang.

In weitlichstigen Erweiterungen hat sich gestern der Reichstag mit einer Angelegenheit befaßt, von der man wohl sagen kann, daß sie zu den bedeutendsten Ereignissen in unserem Rechtsleben gehört. Seit Jahrzehnten schon bildet die durch die gegenwärtige Strafprozeßreform...

Man braucht nicht gerade Feinsinn zu sein, um aus dem Resultat der Verhandlung die Gewissheit zu schöpfen, daß es mit dem Zeugniszwang zunächst noch beim Alten bleiben wird, daß regierungsfreudig gar keine oder doch nur geringe Abänderung besteht, mit einer Geflohenheit zu brechen, die etwas Mittelalterliches an sich hat...

Zeugniszwanges in Anspruch zu nehmen. Erreicht ist aber in allen diesen Fällen bisher nichts — und das ist so charakteristisch für die ganze inquisitorische Institution, daß es allein schon genügen sollte, mit ihr zu brechen. Es kann doch wahrhaftig nicht im Interesse unserer Gerichte liegen, daß sie immer und immer wieder genötigt werden oder aus freien Stücken dafür sorgen, ihre vollständige Unmacht in Sachen dieses Zwanges aller Welt zur Erkenntnis zu bringen...

Darüber kann auch das Wohlwollen des Reichskanzlers nicht hinwegsetzen, auf das der Vertreter der Regierung gestern die Interpellanten vertrießte. Graf Bischof hat bisher leider noch nichts getan, was es rechtfertigen könnte, ihn in dieser Beziehung zu vertrauen. Bejahe er wirklich das wohlwollende Verständnis für die schwierige Aufgabe der Presse — der schwerwiegende eine im öffentlichen Leben — dann hätte es ihm nicht schwer fallen können, es gerade in dieser Frage zu beweisen, denn der Staat verliert nichts, wenn er auf den Zeugniszwang verzichtet, gewinnt aber infolgedessen, als die Presse alsdann noch freier, noch ungefährdeter ihrer Aufgabe, dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, gerecht werden kann...

Die Eröffnung des Preussischen Landtags.

Die Thronrede.

(Telegramm der „Saale-Beitung“.)

Im Weißen Saale des Königl. Schlosses wurde heute vormittag 11 Uhr der Preussische Landtag durch folgende, vom Kaiser verlesene Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Indem Ich Sie am Beginn eines neuen Abschnitts der parlamentarischen Arbeiten begrüße, ist es meinem Herzen Bedürfnis, zunächst Meinem tiefempfindenen Dank Ausdruck zu verleihen: dem Dank gegen die göttliche Vorsehung, die Meine schnelle Genesung schenkte, und dem Dank gegen Mein Volk, das in allen seinen Schicksalen voll inniger Teilnahme seinem Landesherren die Treue bewahrte, die in guten und bösen Tagen Preußens König und Volk untrennbar verbindet.

Bahrfreudig und schmerzbelegend sind die Aufgaben, für deren gedeihliche Lösung Ich auf Ihre einflussvolle Mitarbeit rechne.

Die Finanzlage des Staates hat sich nach einer kurzen Zeit des Niederganges wieder günstiger gestaltet. Ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung zeigt sich in der Wiederbelebung des Verkehrs bei den Staatsbahnen und in der Hebung der Staatseinnahmen. Die Reduktion des Jahres 1902 hat günstig abggeschlossen. Im Rechnungsjahr 1903 wird voraussichtlich der zur Verfügung gestellte Staatskredit von 70 Millionen nicht in Anspruch genommen werden. Es wird sich vielmehr noch ein Ueberschuß ergeben.

Auch im Entwurf des Staatsbankrotts für 1904 war es möglich, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen, — ohne außerordentliche Mittel zu Hilfe zu nehmen, in den wachsenden Anforderungen einer fortschreitenden Kulturentwicklung Rechnung getragen worden.

Die Vertheilung der Aufgaben und die Vermehrung der Reichsbudgets der Staatseinnahmen sind wesentliche Fragen vorgelegt. Der geringst besoldeten Klasse ihrer Angehörten, den Bahnwärtern, ist eine Gehaltserhöhung zugesagt. Zur Erweiterung des Bahnnetzes und zur Unterstützung von Kleinbahnunternehmungen, die der wirtschaftlichen Förderung des Landes dienen, werden wieder erhebliche Mittel von Ihnen erbeten werden. Ebenso wird der bereits in den Vorjahren beschlossene Weg einer Verbesserung der Besoldungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten in einer neuen Gesetzesvorlage weiter verfolgt.

Zu Meiner lebhaften Befriedigung hat die vorjährige große Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

Berliner Theaterel.

Entgegen der Gepflogenheit, darf ich, den berühmten Satz umkehrend, kühnlich behaupten: große Ursachen kleine Wirkungen. Der Chicagoer Theaterbrand, der so viel einschlägliche Unheil angerichtet, so viel traurige Opfer gefordert, hat auch den Berliner einige Opfer auferlegt. Den Berliner Theaterdirektoren nämlich. Aber die Opfer sind nur geringer Natur, betreffen einzig und allein den lieben Geldbeutel.

Bisher hat ich's nicht gewußt, aber es muß doch wohl sein: der Berliner ist ängstlicher Charakter. Denn kaum war die durch ständlicher Beschluß anerkennende Schließung des Opernhauses zum Zwecke eines die Feuergefahr verringenden Umbaus bekannt geworden, als ein ahnungslos schwaches Klammern durch die Reichshauptstadt ging: wenn schon das Opernhaus den Sicherheitsvorschriften nicht genügt, wie mag's erst um die Privattheater beschaffen sein! Und diese Bangigkeit verurtheilt natürlich eine volle Woche hindurch ein hartes Zurückgehen des Theaterbesuches. Nicht nur Krankeheiten sind epidemisch, auch Seelenwunden sind; ansteckender als die Cholera ist die Furcht. So war der Brand in Chicago die große Ursache der keinen Wirkungen der Ebbe in den Theaterkassen.

Diese Populartisierung der Bühnenhäuser scheint erfreulicherweise aufgehoben zu sein; man fragt mich, doch sich der Besuch wieder verflückt hat. Ob auf Freitickets hin — diese Frage will ich unerörtert lassen. Allerdings ist es für den nervösen, abgelebten Großstädter ein herberbes Gefühl, zu wissen, daß nun täglich die sämtlichen Schutzmaßregeln revidiert werden, als da sind: der eiserne Vorhang, der den Zuschauerraum Luftdicht von der Bühne abschließt; die famose Regenvorrichtung, die in wenigen Minuten die Bühne unter Wasser setzt — wenn nicht gerade die Wasserleitung streikt; und vor allen Dingen ist die Handfeuerwaffe, unsere brave Feuerwaffe, in den Theatern verflückt worden. Unsere Feuerwaffe — jeder Mann ein Feld — erfreut sich des un-

bedingten Vertrauens der, selbst am Helllichten zweifelnden Berliner. Das Gefühl vollkommener Sicherheit überkommt nicht, sowie er des Feuerwehmannes ansichtig wird. Ja, in meiner engeren Bekanntschaft gibt es ein fürchtames Männchen, das seine häuslichen Hefte nur in unmittelbarer Nähe eines Feuerwehmannes aufschlägt.

Die eingeleitete Verbesserungsaktion im Königl. Opernhaus soll der Ausgangspunkt zum Bau eines neuen Opernhauses werden. Das Haus mit der Aufschrift: „Apollinische Musik“ wurde 1844 nach den Plänen des Baurats Langensbans errichtet, nachdem die alte Stätte ein Jahr zuvor niedergebrannt war. Ein Neubau dürfte etliche Millionen kosten, und es ist immerhin fraglich, ob der Landtag die Mittel bewilligen wird. Bietet, daß das Feuer von Chicago als Feuerzauber wirkt, der die widerwilligen Abgeordneten günstig macht.

Auch an einigen Privatbühnen werden wahrlich einige bauliche Veränderungen vorgenommen werden, aber im großen und ganzen wird's beim Alten bleiben. Ein Mann, der mehr verlangt: Er würde dem Schwärmer aus dem Jahre 1848 gleichen, der die soziale Frage gelöst haben wollte, „und wenn man auch die ganze Nacht darüber diskutieren müßte.“ Schließlich wird die ganze Aufregung ebbem, denn nirgends vermag man schneller als in Berlin. Da sah ich heute im Trianon-Theater, das trotz des Feuerfusses überflutet war. Ein entzückender, kleiner, sauberer Musiktempel unter dem Stadtbogen der Georgenstraße. Dort hatten in der Leberbrett-Mera die „Lebenden wieder“ — eine musikalische Variation des Leberbretts — ihr Heim aufgeschlagen, mühten's aber bald wieder verlassen, wegen unüberwindlicher Abneigung des Publikums. Jetzt sieht man da französische Schwänke und keine Badische. Man weiß, was man von diesen Pariser Schwänken zu halten hat: Stillekeitsapostel pflegen sie nicht zu goutieren. Da ist immer der Mann, der Seitenpränge macht, häufig auch die Frau, zur Abwechslung manchmal alle beide. Und daraus entwickeln sich zwei Arten der tollsten Kombinationen und delikatesen Situationen, während der dritte Akt gewöhnlich langweilt. Dies alles hat man

in diesem Trianon- und auch im Residenz-Theater in den letzten Jahren so oft gesehen, daß die Worte „Pariser Schwanz“ nicht mehr stark gefragt ist — Das hat sich seit der gestrigen Premiere im Trianon-Theater wieder geändert. „Madame X.“, Schwanz in drei Akten von Paul Sabatini und Georges Bern, bringt eine neue Note. Madame X., eine Provingbaun, hat einst einen Fall getan — von einem Kirchbaum nämlich. Dieser Fall hat für einen Herodeszug zugezogen; jedesmal, wenn sie erhebt, verliert sie das Gedächtnis für alle Eigenheiten, die ihr sonst geläufig waren. Das passiert ihr während eines Besuchs in Paris. Der Aristokrat Philipp Ardelot, eine Seele von einem Menschen, führt sie mitteilich in seine Wohnung, sie erholt sich, weiß aber nur nicht anzugeben, woher sie kam der Fahrt, noch wie ihr Name und Art.“ So heißt sie Madame X., die unbekanntes Größe. Ardelot ist verheiratet, — sehr heftig sogar — die X. ist gleichfalls mit einem Gatten behaftet, und so entsteht eine komplizierte Situation, die in der Tat eine erschütternde Zwerchfellwirkung ausübt, unsonst, als viele Szenen wirklichen Witz und die und da etwas Geist enthalten. Dieser barnberische Samariter Ardelot, der nichts ist als wohlthun und für den alle anderen sündigen, damit er dafür büße, trägt sogar den Anlauf zu einer veritablen Charakterfigur.

Zu der ausgezeichneten Darstellung des Trianon-Theater wird der famose Dialekt des Berlin, das sich amüsiert, etliche Monate hindurch recht erheitert.

Wenn man den französischen Schwanzdichtern Glauben schenken darf, so hat die Menschheit weiter nichts zu tun, als Tollheiten zu machen, zu tändeln und, wie Giacomo Leopardi so hübsig sagt, fare nulli amore. Aber nicht umsonst nennt man den genialen Italiener den Philosophen des Besessenen, der das Menschenbild in düsteren Farben schildert. Er spricht vom Bos der Armen und Bedrängten dieser Erde und sagt: „Der Mensch muß die Armut erliden, wenn er daran glauben soll.“

An diesen Ausdruck wurde ich in einer öffentlichen Versammlung erinnert, die vom Verein „Frauenwohl“ ein-



Welche Ueberzeugung gefiegt, daß die landwirtschaftliche Verbesserung aller Provinzen hauptsächlich in die Erzeugung von Getreide und in die Erzeugung von Vieh zu setzen ist. Mit um so größerer und schmerzlicher Teilnahme erfüllte sich die Teilnahme mehrerer ständiger Provinzen, namentlich Schlesien, durch beiderseitige Schenkungen. Zur Abwendung der Schäden sind Staatsmittel in erheblichem Umfange bereitgestellt worden, für deren Verwendung ihre nachträgliche Zustimmung eingeholt wird.

Der Gegenstand meiner besonderen Furcht bleibt das Weizen, die Hochwasserfahrten durch Ausbau der Flüsse und zweckmäßige Gestaltung ihres Uferverhältnisses gebietet darauf zu vermindern. Dabei wird ihnen ein Gehaltentwurf alsbald zugehen, worin für eine Verbesserung der Kultur an der unteren Oder und Savel sowie an der Sprea die Mittel gefordert werden. Ein weiterer Gehaltentwurf für die Regelung der Hochwasserverhältnisse an der oberen und mittleren Oder ist in Vorbereitung. Er wird Ihnen nach Fertigstellung vorgelegt werden. Auch eine allgemeine gesetzliche Regelung der Freibräutig des Uferverhältnisses gebietet der Flüsse ist beabsichtigt.

Terner wird von Ihnen die Bewilligung der Kosten für die notwendigen Ergänzungen des Reges der Binnenwasserstraßen beantragt werden. Im Hinblick auf die erheblichen Staatsmittel, die der unabweisbare Schutz gegen Hochwasserfahrten erfordert, beschränken sich diese Forderungen auf den Ausbau der dringlichsten Wasserstraßen in Oden und Savel der Provinz, und zwar auf den Ausbau des Ostpreussischen Berlin-Stein, die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Gläber Weiche bis Weßlar, die Verbesserung der Oder-Weichsel-Wasserstraßen, einschließend der Warthe, und auf die Verfertigung einer Schiffabtriebsstraße vom Rhein bis nach Hannover. In der Ausführung dieser Vorhaben erblicke ich eine der volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Zwei großen Staatsinteressen soll in gleichem Maße gebiet werden: dem Schutze und der Förderung, deren die Landwirtschaft bedarf, wie der Sicherung und Befestigung der Stellung, welche Handel und Industrie in rühmlicher Arbeit sich erworben haben.

Mit Vertrauen und Uebersticht sehe ich dem Erfolge Ihrer Beratungen entgegen. Die beiden Häuser des Landtages wird vorant ein Heim vereinigen; möge der gemeinsamen Arbeit an gemeinlicher Stelle ein voller Erfolg beschieden sein.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personalveränderungen.

— Mit Recht ist in der Presse bemerkt, daß zum bevorstehenden Geburtstag des Kaisers der Feind des Großherzogs und der Großherzogin von Baden am Kaiserhofe zu erwarten steht, gelogt worden, daß die Bestimmungen zwischen Berlin und Karlsruhe befristet sind. Der ursprüngliche Vertrag in der Vertretung des höchsten Gerichtspostens in Berlin hatte mit der Vollstreckung zu tun. Sofern im Laufe des letzten Jahres von einer Vermittlung zwischen Berlin und Karlsruhe die Rede war, hatte sie mit der Vollstreckung zu tun, betraf vielmehr nur persönliche Beziehungen und ist mit der Aufhebung des Reichs der großfürstlichen höchsten Gerichtsinstanz in Berlin zum Gebrauche des Kaisers als überflüssig zu betrachten.

### Der Tod des Reichspräsidenten a. D. Dr. v. Dehlshöffer.

Reichspräsident a. D. Dr. v. Dehlshöffer hat sich der wohlverdienten Ruhe des Alters nur wenige Monate erfreuen können. Wenn ihm noch aus jüdischen Wirken in seinem hohen Amte in Charlottenburg der Tod abgerufen hat, so trauert um ihn nicht nur die Beamtenschaft des höchsten Gerichtshofes, sondern die ganze Justizwelt Deutschlands, denn mit ihm ist ein vielseitig gebildeter, in sich völlig abgerundeter, schätzenswerter Mensch dahingegangen. In Berlin ist er 73 Jahre alt geworden. Er war der Sohn eines erstarrten preussischen Rittergutsbesitzers. Nach langer staatsmännlicher Praxis wurde er 1874 zur Vorbereitung der Reichs-

berufen worden, einer Vereinigung, die, wenn ihr auch Frauen aller Berufsstände angehören, auf bürgerlichem Boden steht. Die Versammlung gestaltete sich zu einer imponenten Umgebung für die ausländischen Crimittschauer Tertiarbeiter. Der große Saal des Industriegebäudes in der Beuthstraße war dicht gefüllt von einem Publikum, das durchweg den belagerten Klassen angehört.

Die Crimittschauer Fabrikanten hatten diese Frauenversammlung für bedeutsam genug gehalten, um einen Vertreter ihrer Interessen zu entsenden. Doch der Herr Rechtsanwält Tiede aus Crimittschau fand keinen Anlaß mit seinen Ausführungen; der Beihilfenbund sei auch seinen Fabrikanten genehm, aber die Reichsregierung müsse ihn allgemein einführen; die Fabrikanten litten selber Not, die Konkurrenz bedränge sie, und so mehr.

Natürlich fehlten auch die Sozialdemokraten nicht. Sie legten eine Resolution vor, die den Kampf um die Emancipation der Arbeit auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms durchgeführt wissen wollten, seien aber glatt abgelehnt. Bedauerlich war bei weit nach Mitternacht. Eine vornehme Dame hielt die Sprechende des Redebeitrages für unangenehm. „Sie Sade!“

Als ich hörte, daß die entrüstete Dame unserer Nachbarin Charlotteburg entstammte, jener Stadt, in der die herrlichen Ueberreste des ersten hohenzollernischen Kaiserzeit bezeugt sind, den die Geschichte den Siegesrieden, kaum aber den Großen nennen wird —, als ich dies vernahm, wunderte ich mich weiter nicht über die unangenehme Dame. Ist doch Charlottenburg Preussens reichste Stadt! Das durchschnittlich veranlagte Jahreskommen beträgt hier 4125 M., im vorigen Frankfurt a. M. nur 4115 M. und in Berlin nicht mehr als 2654 M. Geizig eine recht zeitgemäße Betrachtung in einer Periode, da der arme Staatsbürger dem Herrn Vorgesetzten der Veranlagungskommissionen auf dem ominösen Konzeptbogen seine Steuererklärung abgeben muß. Was ist die vielgelobte Progression gegen diese obrigkeitliche Vermögensvergrößerung!

Ja, wenn man nach Altona der Großen Berliner Straßenbahn wäre, die im verflochtenen Jahre glänzender Einnahmen zu verzeichnen gehabt. Aber weniger als drei-

hunderttausend als vorragender Rat ins Reichsjustizministerium berufen. Während dieser Zeit war er vielfach als Regierungs-Beauftragter in Richtung und dreifachen Landtag und in der Reichsjustizkommission tätig, und beehrte sich später an den Vorarbeiten für die Durchführung der Reichsjustizreform in Preußen. Ende 1879 trat er an die Spitze der Reichsjustizverwaltung. Er bearbeitete Entwürfe für die Reform des Militärgerichtsverfahrens und die Errichtung eines Reichsjustizgerichts und war Mitglied der hierfür berufenen Zentralkommission (1880 und 1881). Im Jahre 1884 wurde er Mitglied des Staatsrats und im Dezember desselben Jahres 1885 Reichspräsident des Reichsjustizministeriums, 1889 Staatssekretär des Reichsjustizministeriums und 1891 Präsident des Reichsgerichts. Leipzig ernannte ihn zum Ehrenbürger. Bereits 1888 war er Kaiser Friedrich geerdelt worden. Der König hieser letzten Laufbahn war in den letzten Jahren durch schwere körperliche Leiden, namentlich durch den Verlust seines Schicksal, des Fortschritts in Reichsjustiz, und durch ein hartnäckiges Augenleiden getrübt. Der Schicksalgeiste ist einem Herzschlag erlegen.

### Die Reichsjustizreform.

Wird zur Zeit in einer Reihe von Berathungen in Deutschland und Österreich mit einem so unstilligen Eifer erörtert, daß man den Verdacht nur schwer unterdrücken kann, daß hier politisch-schönwäckerische Interessen mit Ewerthinteressen einiger Organisationskreise zusammenwirken, um zwischen Reich und Österreich eine Wetteilung in der möglichst raschen Einführung der neuen Rechtsformen mit Rücksicht auf zu veranstalten. Mit Umgehung wird da geschickt die Verantwortung der Schwelgie, die beherrschende Wirkung des Einzelgesetzes, die Steigerung der Zweckmäßigkeit, die Vollständigkeit der Vollstreckung auf ein früher nicht gedachtes Maß zu verlegen und seinen Zweck darüber läßt, daß die Artikel, welche über solche Gegenstände nicht verfügen, trotz aller beherrschenden Eigenschaften dem besten bewaffneten Gegner gegenüber unantastbar werde.

Man wird auf sich zu erheben, daß bisher noch jede derartige Bewegung zum militärischen oder interessierten Parteistandpunkte in gleicher Weise begünstigt worden ist. Jedem das man wohl erwarten, daß die deutsche Militärverwaltung sich durch die Vorkämpfer in keiner Weise beirren lassen, sondern nur noch ausgiebiger sachlichen Erwägungen die neuen Organisationsformen der österreichischen Reichsjustiz mit peinlicher Gewissenhaftigkeit prüfen wird. Sehr bedauerlich unter es, belästigt bemerkt, an, wenn die „Kreuzzeitung“ bei diesem Anlaß sich zu volkswirtschaftlichen Anschauungen bezieht, die bisher in der forensischen Parteistellung verpönt gewesen sind. Das Blatt schreibt nämlich: „Auf jedem Arbeitsgebiet erweist sich die Konkurrenz als nützlicher Hebel der Entwicklung und des Fortschritts. Der dauernde Wettbewerb zweier großen und leistungsfähigen Geschäftsbetriebe wird nicht nur dazu beitragen, der Verbesserung unserer Verhältnisse einen Vorstoß zu gewähren, er wird auch dem Reichsstaate zu Gute kommen.“ Man sollte dieses Lobes des Parlamentarismus der Konkurrenz auf die Konkurrenz als nützlichen Hebel der Entwicklung, den Konventionen als gelegentlich organischer oder juristischer Debatten im Reichstage oder Landtage in Erinnerung bringen.

### Vollständigt.

— Bezeichnen, „Bayerisches“ ist offenbar eine Art Crispel, der das gegenwärtige Vorder- und Vorkriegsverhältnis der deutschen Kräfte auf eine feste Probe stellt. Was man sich über die Zusammenhänge und Freunde am Berliner Hofe, insbesondere über die Folgen des Reichs der Schonung in der Festungsbau durch den Kronprinzen erzählt, ist kein Geheimnis. In Darmstadt hat, wie wir berichteten, das Hofleben das totale Stillstehen, der Großherzog, den alle Bestimmungen gegen die hohen Verwandten an besonders selbständigen Ausreden zeigen mögen, hat sich die Vorstellung angeleihen, den Prälaten der großherzoglich besetzten Truppenreihe aber ist höherem Orts deutlich gemacht worden, daß es sich für sie nicht lohne, den Zweck des St. Hovels des Landesherren Folge zu geben. Viel bemerkt wird in Berlin auch der Fall des Großherzogs von Baden in Schwaben. Der junge Herr ist nach am Rande von Schwaben, Altvater, nach Berlin gekommen. Sein Gesundheitszustand hat es ihm nicht erlaubt, wie die Ärzte konstatiert haben. Inzwischen hat ihn sein Verstand nicht gelassen, vor zwei Wochen dem Kaiserlichen Reichs einige Stunden Station zu machen, um das Verzeihenliche Stück zu sehen. Allerdings ist er bisher-

hundertsechzig Millionen Markgröße hat sie befördert, die ihr fast neunundzwanzig Millionen Mark an Einnahmen gebracht. Welch eine kostliche Dividende muß das herausbringen! Dafür hat die brave Straßensfrau ein übriges getan; wenn's gar zu kalt wird, heizt sie. Doch dreimal wehe dem armen Menschenkind, das gerade über der Heizung seinen Platz einnimmt! Geschmort, gedörrt, geröstet ruht es auf seinem übermühtigen Pflug hin und her, der Wirtschaftlichen Schadenprobe blüde zugleich auf dem unglücklichen Opfer, dem die Schneepelzen auf die zornigste Stirn treten. Vorfreuden der Hölle für den sündigen Berliner. Er denkt an Dante, Inferno, neunter Gehäug:

Dem zwischen den Größtlichen loden Flammen. Die jene dort so ganz und gar durchglühten, Das glühende Eisen sein Gewerbe fordert.

Ein einträgliches Gewerbe, besser als das des Eisenschmiedes, betrieb bisher ein recht angenehmer Mitbürger mit Namen Josef Neudörfer. Dieser, im eigenen Interesse auf den Namen zu achten. Dieser Mann, der einen Stiefsohn trägt, übte eine goldene Kunst: die des Bettelbrot-Schreibens. Er hatte sich ein Register angelegt, in dem eine Anzahl solcher Personen verzeichnet stand, die in Berlin und in den verschiedenen Städten als wohlthätig bekannt waren: Pflanzern, Gärten und Bädern, auch konfirmation, Konfirmation, Gutsbesitzer, Kommerzienräte, Kaufleute. Sie alle erzielten periodisch Bettelbriefe, für die Neudörfer in seinem Archiv mehrere Entwürfe bewahrt: „traurige hilflose Vage“, „lecker Rettungsanker“, „Frau im Sterben liegend“ u. dergl.

Diese Bettelbriefe sind engros und detail blühte und gedieh, die Gaben floßen so reichlich, daß sich das Ehepaar Neudörfer einen höchst komfortabel ausgestatteten Hausstand und opulente Weingelade leisten konnte. Bis der böse Staatsanwalt kam und beiden Sumpfpflanzen das Handwerk legte. Neun Monate Gefängnis für Monsieur, sechs Wochen für Madame. Wieviel wirklich Bedürftigen mögen diese edlen Seelen die milden Gaben weggeschnappt haben! Wieder einmal ein Beweis dafür, daß die Mühseligkeit der Menschenfreunde weniger den verdammten Armen zugute kommt, als den unverdammten Armen.

Julius Knopf.

dreien festgesetzt worden, daß der Großherzog sich Schenkung entgegen muß. Wir wissen nicht, ob Graf Bülow die immer häufigeren Anstimmungen der deutschen Fürsten unter anderem für volkswirtschaftlich günstig hält, daß er ihnen auch anders als durch solche beschönigende Worte im Reichstag Stellung zu nehmen hat. Im Publikum fällt man sie dafür.

### Volkswirtschaftliches.

— Vom kaiserlichen Kreisbeschauamt in Leipzig wird uns geschrieben: Nachdem von dem 23. September 1891 bis zum 23. (also alle außer meinen) ihre Berichte mit der Statistikkommission eingeholt haben, ist der Kampf in vollem Gange. Der Kaiserhof hat auf die deutsche Vertriebswelt ein Aktuar verordnet, in dem er zur Ueberlieferung nach Leipzig anfordert, 6000 M. garantiertes Jahresentkommen nach Abzug der Witwenrenten und Erlös eines Teils der Umsatzsteuer und dergl. Dies hat den kaiserlichen Kreisbeschauamt in Leipzig veranlaßt, in dem es u. a. heißt, die reichliche Vertheilung der Umsatzsteuer zähle ihren Wertes fast Jahren nur einige 30 Prozent der Minimalhöhe der Taxe und habe den Kassenströmen seit dem Jahr 1888 von ihrem vorderen Honorar nur 1/3 Millionen an Wert zugeführt. Ein Honorar von 6000 M. für die Vertheilung der Umsatzsteuer ist mehr als doppelt und in den von der Statistikkommission berichteten Subjektiven ist auf eine neuere Vertheilung der Umsatzsteuer nicht zu rechnen, da die Rate 4 Pfennig für die Bevölkerung verlor. Die unter dem Druck der Verhältnisse von der Krone angebotene Honorarsteigerung von 1 M. und das hohe die Krone zu verdienen müssen, weil sie für die Eingehaltung nur eine Erhöhung um wenige Pfennige bedeuten würde. Der kaiserliche Kreisbeschauamt (Regierungspräsident) habe die von den Vertheilung gewünschte Eingehaltung der freien Vertheilung für berechtigt und durchführbar erklärt.

In der Donnerstag-Sitzung der Dießauer Stadtverwaltung erklärte auf eine Anfrage über die Stellung des öffentlichen Spartenkassenamtes in dem kaiserlichen Spartenkassenamt der Dießauer Bürgermeister Dr. Heber unter anderem folgenden: Es handelte sich hier um eine Frage, die die Grundbesitzer unterer Spartenkreise anstößt. Bis vor 14 Tagen also sei die Angelegenheit auch von der Krone des Deutschen Spartenkreises als geldlich behandelt worden, doch keine Aufmerksamkeit zu erlangen gewesen sei. Und doch sei die öffentliche Verhandlung, mindestens die offene Verhandlung im Spartenkassenamt und im Reichstag, zu fordern. Es sei nicht zu verstehen, wie so etwas im Geheimen sich vollziehen könne. Der kaiserliche Plan verfolge einen ganz anderen Zweck als der öffentliche Mittel. Spielvertheilung durch herangezogen, nicht aber Sparte, die für die Zukunft sorgen wollen. Ebenen solle das Spiel nicht außerordentlich erleichtert werden, indem es auf Abgaben gehe. Damit würde man die moralischen Grundrassen unterer Spartenkreise schwächen, die heute ein Stolz unterer Vorkämpfer seien. Denn es würde das zwischen die Sparte und ihre Sparte stellen einzuschleichen. Es ist unter anderem, dem ein gewisser tatsächlicher Bezug den Krone gegenüber zur Seite stehen würde. — Offiziell werden andere Städte benachteiligt Standpunkt einnehmen wie die Stadt Dießau. Dieses Wort wollen wir nicht mitnehmen!

### Verwaltung und Reichsjustiz.

— Die Budgetkommission des Reichstages beriet den Post- und Telegraphen-Gesetz und lehnte eine Forderung von 330,100 M. zu widerrufen, unrentablen Gebaltszulagen an militäre, Kanzlei- und Unterbeamte in der Provinz Polen und gemäßsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen. Die Kommission hat sich für die Forderung ausgesprochen, die für die in den genannten Kreisen angezählt genenete und dort verbleibende Beamte gleicher Kategorie ab. Ferner lehnte die Kommission 6000 M. zu Erziehungsbefehlen an höhere Beamte in den gleichen Kreisen ab. Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, erklärte die Forderung wesentlich nur damit, daß Westpreußen nicht schlechter gestellt sein sollte, als preussische Provinz. Im Laufe der Debatte erklärte Dr. Spahn, das Zentrum habe keine Veranlassung, die preussische Politik zu unterstützen. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

### Arbeitervereine.

— Aus Crimmitschau, 15. Jan., wird uns geschrieben: Die Fabrikanten haben eine zweite Denkschrift herausgegeben, an deren Schluß es heißt: „Wir hoffen, daß solche unserer Darlegungen die bürgerliche Kreise aufheben werden, der Sozialdemokratie Herrschaft zu leisten, um in über angebotener Menschenseinlichkeit die Streifenden durch Gehilfen zur Fortsetzung des ausgiebigen Streiks zu ermuntern. Besonders die deutschen Frauenvereine, die zu Sammlungen aufgefordert worden sind, erwidern wir unerschrocken, sich als edle deutsche Frauenvereine nicht in eine verhängnisvolle Gemeinlichkeit mit der Sozialdemokratie bringen zu lassen.“

### Ausland.

#### Die russisch-japanischen Unterhandlungen.

Seit den letzten Nachrichten zu trauen ist, dürfte die Note Japans an Rußland das hinaussehen, was bisher von japanischer Seite als Minimum der japanischen Forderungen bezeichnet worden ist. Früher hieß es, Japan wolle die russische Stellung in der Mandchurie nicht antasten. Jetzt wird erklärt, daß es die dauernde Anerkennung der Souveränität Chinas über die Mandchurie von Rußland verlange. Der Londoner japanische Gesandte Gabaishi erklärte gegenüber einem Vertreter des „Neuerlichen Bureau“ folgendes: Ich habe festgestellt, daß die Verhandlungen darüber der Begründung entbehren, daß sich Rußland an die Türkei wegen Gewährung der Durchfahrt der Schiffe der russischen Schwarzsee-Flotte durch die Dardanellen gewandt und daß die Durchfahrt der Schiffe der russischen Schwarzsee-Flotte durch die Dardanellen über diese Angelegenheit gemacht haben soll. Allgemein glaubt man, daß eine solche Begründung der Vertragsbestimmungen wahrscheinlich nicht eintreten würde. Ich habe nicht von einer Intervention gehört, und ich fürchte, die Dinge haben ein Stadium erreicht, in dem eine Intervention als ein furchtbares Verbrechen bezeichnet werden kann. Die aus Berlin eingetroffenen Nachrichten, wonach Japan einen Gegenwärtigen betreffend die Neutralität von Japan von Korea und der Mandchurie gemacht haben soll, sind ebenfalls unbegründet. Was wir wünschen ist, ein freundschaftliches Abkommen zu erreichen, durch welches Rußland sich zur Politik der offenen Tür erklärt und die Souveränität Chinas über die Mandchurie anerkennt. Der amerikanische Staatssekretär Hay hat die Wünsche Japans bewundernd ausgedrückt mit dem Zuge ausgedrückt, es werde gefordert, die Politik der offenen Tür sowohl als auch die Integrität Chinas und Chinas administrative Kontrolle in der Mandchurie.

Dagegen berichtet zwischen Rußland und Amerika Unverständnis bezüglich der dort von Amerika durch den Bischof des amerikanischen-japanischen Handelsvertrages erhaltenen Vorrede. Der Staatssekretär Hay und der russische Botschafter Graf Goltz hatten gestern in Washington eine lange, beide Teile





